Lokal · Sozial · Engagiert

WORTlaut

Das **Dialogmagazin** *der SPD Vahrenwald-List*

Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- Europawahl mit Artikeln von Bernd Lange und zu den Aktivitäten des Ortsvereins
- Kerstin Tack: Wie soll der Sozialstaat der Zukunft aussehen?
- Sigrid Häfner: 100 Jahre Frauenwahlrecht

Inhaltsverzeichnis

Editorial	**3**
Europa hat die Wahl von Bernd Lange	**5**
Die Europawahl kann kommen!	**8**
Nachbarschaftsplakat: Gesicht zeigen für Europa	**11**
Der AK Öffentlichkeitsarbeit im Europawahlkampf von Fuluk Liu	**12**
Wie soll der Sozialstaat der Zukunft aussehen? von Kerstin Tack	**13**
Aus der Bezirksratsfraktion	**19**
100 Jahre Frauenwahlrecht von Sigrid Häfner	**20**
Einladungen und Termine	**23**
Kontakte	**26**

Foto auf der Titelseite: Bernd Lange und Alptekin Kirci am 8.3. auf der Lister Meile

Fotos auf der Rückseite: Bernd Lange am 8.3. auf der Lister Meile; Christopher Henning und Herbert Müller; Walter Richter, Thomas Bechinie und Christopher Finck; Mitgliederversammlung am 7.1. in der IGS List

Editorial

Liebe Genossinnen und Genossen,

Thilo Scholz, OV-Vorsitzender

im tagespolitischen Klein-Klein von Kommunal-, Landes- und Bundespolitik finden sich nur begrenzt Inspirationen für einen sozialdemokratischen Europawahlkampf. Obwohl die Große Koalition im Bund beispielsweise besser ist als ihr Ruf und die SPD dort wirklich Beeindruckendes leistet, verharren unsere Umfragewerte in niedrigsten Bereichen. Das verunsichert uns alle natürlich an einer Stelle, wo wir anderen mit Bekennermut und Sendungsbewusstsein entgegentreten müssen.

Denn ein Entgegentreten ist dringend notwendig in diesem Europawahlkampf. Die Feinde der Demokratie sind die Feinde des Geschichtsbewusstseins und sind die Feinde Europas. Deren einfache Antworten auf komplexe Probleme stellen den Nationalstaat in den Mittelpunkt, konstruieren einen Gegensatz zur EU und schüren die Wut auf das, was uns Jahrzehnte Demokratie, Wohlfahrtsstaat und Frieden gebracht hat. Die Wut trifft die klassischen Medien mit ihren Vertreter*innen ebenso wie die Volksparteien mit ihren Fachexpert*innen, die in der Vergangenheit noch für jede Herausforderung eine konsensfähige (und zumeist schwer verständliche) Lösung ausgeklügelt haben.

Bei diesen Lösungen setzten die sozialdemokratischen Parteien seit jeher auf einen starken (Sozial-) Staat. Je mehr die Globalisierung diesen nationalstaatlich organisierten Sozialstaat an seine Grenzen trieb, desto wichtiger wurde das „Fortschrittsprojekt“ EU. Da die Strukturen der EU aber – insbesondere in der Euro-, Wirtschafts- und Finanzkrise – bei der gewachsenen

Verantwortung nicht mithalten konnten und die konservativen Regierungschefs wie Frau Merkel ganz eigenwillige Vorstellungen von europäischer Solidarität hatten, geriet die EU auch aus ihren inneren Widersprüchen heraus in die Kritik. Leidtragende der globalisierungsbedingten Krise von Sozialstaat und EU sind die sozialdemokratischen Parteien, deren Wahlergebnisse insgesamt „im Keller“ sind.

Die programmatischen Lösungsansätze, die unsere SPD-Bundesvorsitzende Andrea Nahles beteiligungsorientiert entwirft, weisen in die richtige Richtung. Wer Klimaschutz ernst meint, muss Antworten auf Braunkohlebergbau und Industriearbeitsplätze geben und zu diesem Ergebnis auch in allen Ebenen stehen und nicht im Land z.B. die Erhaltung des Braunkohltagebaus fordern. Jungen Arbeitnehmer*innen müssen Antworten zur gerechten Bezahlung der geforderten Rentenerhöhung gegeben werden. Wer Rüstungsexporte begrenzen will, muss mit EU-Partnern und den Sozialpartnern Konversionsprojekte auflegen u.a.m.

Ziel muss es sein, ein altes sozialdemokratisches Ziel wieder herauszuheben: Die internationale Solidarität. Wir brauchen zuerst eine EU-weite Solidarität zwischen allen Schichten, Generationen und Bevölkerungsgruppen. Dazu ist ein starker Staat – in diesem Fall eine starke EU – nötig und dazu braucht es eine starke Sozialdemokratie im EU-Parlament. Dieses gilt es im Europawahlkampf herauszuarbeiten – in Abgrenzung zum Populismus aber auch zu den Konservativen. Im Wahlkampf wollen wir deshalb zuspitzen auf die Punkte:

- Funktionsweise der EU – weit besser als der Ruf und doch noch ausbaufähig!
- Was hat die EU hier in Hannover in den letzten Jahren geleistet und wie profiziere ich davon?

• Wie sähe ein Europa der Populisten aus? Was für wichtige Errungenschaften im Alltag wurden von der EU in den letzten Jahrzehnten geschaffen, die bedroht wären?

Weiteres findet sich im Artikel „Die Europawahl kann kommen“ (Seite 8).

Herzliche Grüße

THILO SCHOLZ

Europa hat die Wahl

Die Europawahl am 26. Mai 2019 ist eine Entscheidungswahl. Wollen wir das erfolgreiche Schiff Europa wieder auf Kurs bringen oder überlassen wir es zur Verschrottung den Nationalisten und Populisten? Erstarkender Rechtspopulismus und Nationalismus in vielen EU-Ländern sowie zerstörerische Entwicklungen wie beim Brexit oder in Ungarn müssen alle Alarmglocken läuten lassen. Das europäische Projekt ist in einer noch nie gekannten Form in Gefahr und damit die vielen Vorteile einer Mitgliedschaft Deutschlands. Der Nationalismus gibt keine Antwort auf die drängenden Fragen unserer Zeit.

Was aber wäre die Folge, wenn der gewachsene Nationalismus in vielen Mitgliedstaaten sich fortsetzt? Ein Zerfallen der Europäischen Union birgt die Gefahr, dass die einzelnen Staaten sich gegenüber großen Wirtschaftsmächten wie den USA oder zunehmend auch China nicht mehr behaupten könnten. Angesichts von weltweiten Handelsbeziehungen und grenzenloser digitaler Vernetzung ist der Versuch, sich wieder abzuschotten und mit geschlossenen Grenzen den Gefahren zu trotzen, illusorisch. Wir können als Europäische Union mit unseren Kompetenzen und Möglichkeiten im

Weltmarkt bestehen aber als einzelne, kleine Staaten nicht.

Die EU hat uns bereits viele Vorteile gebracht: Der Abbau von Zöllen, die Abschaffung der Roaming-Gebühren und soziale Erfolge wie das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“, das in der maßgeblich sozialdemokratisch verfassten Entsenderichtlinie verankert ist. Außerdem ist die EU mit Fördermitteln in den vielen europäischen Regionen präsent. Europa sitzt nicht in Brüssel, sondern direkt vor Ort in den Regionen.

Rechtsstaat, Demokratie, Menschenrechte – diese zentralen Werte stehen unter Beschuss. Nationalisten wie der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán wettern gegen Grundrechte und freiheitliche Demokratie und werden dabei auch noch von der CDU/CSU, ihren Fraktionskollegen im Europäischen Parlament, gedeckt. Deshalb sind alle europäischen Demokratinnen und Demokraten gefragt, für die Demokratie einzustehen und sie gegen die Angriffe der Nationalisten zu verteidigen. Überparteiliche Bewegungen wie Pulse of Europe machen mir Mut. Auch das breite gesellschaftliche Bündnis „Niedersachsen für Europa“ setzt ein solches Zeichen: Die Landesregierung, Kirchen, Unternehmerverbände und Gewerkschaften ziehen an einem Strang, um sich für den Zusammenhalt Europas und damit auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stark zu machen.

Es wird am 26. Mai jedoch auch um die Frage gehen, welches Europa wir wollen. Als überzeugter Sozialdemokrat möchte ich wieder Sicherheit in die Lebensperspektive und die Lebensentwürfe der Menschen bringen. Das bedeutet natürlich, die sozialen Zerwürfnisse anzugehen, Lohndumping zu bekämpfen, Rahmen für ausreichende Mindestlöhne, vernünftige

Arbeitsverträge und soziale Sicherheit für alle zu schaffen. Sicherheit vor organisierter Kriminalität, wirtschaftliche Reformen und globale Verantwortung für faire und sichere Beziehungen zu anderen Ländern gehören auch dazu. Für mich als Handelspolitiker heißt das auch, dass Handel auf Regeln basieren muss. Den Erpressungen und Drohungen mit illegalen Zöllen, die US-Präsident Donald Trump benutzt, dürfen wir nicht beigeben. Gegenüber Trump und anderen müssen wir standhaft bleiben. Dafür setze ich mich ein.

Der Brexit führt uns allen erneut vor Augen, dass die EU den Frieden in Europa sichert. Eine EU-Außengrenze zwischen Nordirland und der Republik Irland droht, alte Wunden aufzureißen und den ruhenden Nordirland-Konflikt wieder aufflammen zu lassen. Auch im globalen Kontext muss die EU als Friedensmacht auftreten. Im Februar haben die USA und Russland den INF-Vertrag zum Verbot von Mittelstreckenraketen aufgekündigt. Es droht eine neue Aufrüstungsspirale. Die gemeinsame EU-Außenpolitik muss dazu ein klares Gegengewicht bilden.

Europas Verantwortung in der Welt bedeutet, Globalisierung gerecht zu gestalten. Dafür möchte ich mich weiterhin im Europäischen Parlament einsetzen. Deshalb: Bitte geht am 26. Mai zur Wahl und stimmt für ein demokratisches, soziales und vor allem friedliches Europa! Nur mit einer starken EU können Frieden und Wohlstand auch in Deutschland gesichert werden. Dafür brauchen wir progressive Mehrheiten im Europäischen Parlament. Dafür brauchen wir eine starke SPD.

Bernd Lange

Weitere Informationen:

https://projektatlas.europa-fuer-niedersachsen.de

https://www.diesmalwaehleich.eu/

https://europa.eu/euandme/frontpage_de

https://www.bernd-lange.de/index.php

https://www.facebook.com/bernd.lange.europa/

https://twitter.com/berndlange

Verteilaktion des Frühjahrsgrußes auf der Lister Meile

Die Europawahl kann kommen!

Aktivitäten unserer SPD im Wahlkampf vor Ort – du kannst mitmachen!

Am 16. Februar diskutierte unser SPD-Ortsverein auf der Klausur „Europa vor der Wahl“ über den Zustand der EU, über SPD-Positionen im Europawahlkampf und darüber, welche Aktivitäten sich daraus ergeben.

1. Inhalte im Europawahlkampf

Die großen Themenblöcke auf unserer Klausur waren

- EU-Außenpolitik – Migration und Integration
- Wirtschaft und Digitalisierung
- Umwelt- und Klimaschutz, Rechtspolitik
- EU für junge Menschen: Bildungspolitik/Ausbildung, internationaler Austausch, Urheberrecht, Jugendarbeitslosigkeit etc.
- Demokratisierung der EU: mehr Demokratie und Transparenz in der EU, die EU als Wächterin der Demokratie in den Mitgliedsstaaten, Bürger*innenbeteiligung

Zusammengehalten wurden all diese Themen von einer Idee der EU als Bollwerk gegen Populismus. Die Aufmerksamkeit des Wahlkampfes solle genutzt werden, um die europäische Idee deutlich zu machen. Europa spiele in vielen wichtigen Themenfeldern die entscheidende Rolle: Die EU als Wirtschaftsmacht könnte anderen Wirtschaftsmächten entgegentreten, die EU solle den Klimaschutz weiter stärken, man verdanke ihr Freizügigkeit und Frieden, den Euro und den Abbau der innereuropäischen Grenzen. Alle Alltagsannehmlichkeiten müssten herausgestellt werden.

Daraus ergeben sich folgende Aktivitäten:

2. Themen-Infostände

An zwölf Terminen machen wir uns mit drei verschiedenen Themen-Infoständen in der Lister Meile und in Vahrenwald auf den Weg nach Europa. Angefangen von einer Übersicht der Beschlussorgane der EU über das Erlebnis, wie viele EU-Förderprojekte unseren Stadtteil beeinflussen bis zu den Kernforderungen unseres Wahlprogramms zeigen wir wie Europa läuft und wo wir als SPD hin wollen.

Wir laden die Bürger*innen und Bürger ein, die Auswirkungen von EU-Politik in ihrem Leben zu bewerten,

denn wir wollen in diesem Wahlkampf vor allem eines: Zuhören, zuhören, zuhören, was die Wählerinnen und Wähler uns zu sagen haben.

3. Gesicht zeigen für Europa

In fast jeder Straße in Vahrenwald und List wohnen SPD-Mitglieder. Wir wollen Fotos von Freiwilligen unter dem Motto „Gesicht zeigen für Europa“ veröffentlichen – verbunden mit der Vervollständigung des Satzes „Ich gehe zur Europawahl, weil…“ oder „Ich wähle SPD bei der Europawahl, weil…“ oder einer noch ganz anderen Aussage. Siehe hierzu auch nebenstehenden Artikel.

4. Social Media

Siehe den folgenden Artikel zur Öffentlichkeitsarbeit.

5. Weitere Aktivitäten

Daneben gibt es weiterhin unsere „klassischen“ Wahlkampfaktivitäten:

- Infostände auf den Wochenmärkten
- Frühverteilungen in der Woche vor der Wahl (20.-24.05.)
- Hausbesuche in ausgewählten Quartieren
- Eigene Flugblätter
- Plakatierung

6. Wie kannst du dich einbringen?

Die Umsetzung dieser Ideen ist auch von dir und deinem Engagement abhängig. Wir brauchen Freiwillige für die „Gesicht zeigen für Europa“-Aktion, die Infostände, Hausbesuche, Frühverteilungen, das Schreiben und Layouten von Flugblättern und vieles mehr.

Gerne kannst du uns auch mit einer Spende unter die Arme greifen. Die Bankverbindung des SPD-

Ortsvereins Vahrenwald-List lautet: Sparkasse Hannover – IBAN DE31 2505 0180 0000 5861 02.

7. Daten im Europawahlkampf

s. unter Termine am Ende dieser Ausgabe

Wer Zeit und Lust zum Helfen hat, meldet sich bitte bei Joana Kleindienst (Mobil 0175/566 58 18, E-Mail joana.kleindienst@gmail.com) und Thilo Scholz (Mobil 0151/64 60 55 43, E-Mail thiloscholz@yahoo.de).

Joana Kleindienst und Thilo Scholz

Nachbarschaftsplakat: Gesicht zeigen für Europa

SPD Vahrenwald-List sucht Freiwillige für Aktion zur Europawahl

Europa und die EU sind für viele Menschen in Hannover weit weg. Was in Brüssel oder Straßburg passiert, interessiert oftmals nicht. Wir wollen die Bürger*innen von Vahrenwald und List für Europa sensibilisieren und für die Europawahl gewinnen, indem wir sie von Nachbar*innen ansprechen lassen – nämlich von uns.

In fast jeder Straße wohnen SPD-Mitglieder oder Personen, die uns nahestehen. Wir wollen diese Personen – also euch! – bitten, uns ein Foto zur Verfügung zu stellen und sich mit einer Aussage pro Europa zitieren zu lassen.

BEISPIELE:

„Liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

meine Name ist (Vorname Nachname) und ich wohne in der ABC-Straße. Bei der Europawahl wähle ich SPD, denn sie steht für ein Europa der Gleichberechtigung und nicht der Ausgrenzung.“

„Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

ich bin (Vorname Nachname) aus der XYZ-Straße. Am 26. Mai gehe ich zur Europawahl, denn wir dürfen die EU nicht den Populisten überlassen."

Viele andere Varianten sind denkbar und wir beraten gerne dabei. Im Bedarfsfall kommt auch jemand aus unserer Gruppe vorbei und macht ein Foto von dir. Du kannst entscheiden, ob wir aus Foto und Aussage ein laminiertes A4-Plakat machen, welches wir zwei- oder dreimal in deiner Straße aufhängen. Alternativ oder zusätzlich können Foto und Aussage im Internet auf unserer Homepage und bei Facebook veröffentlicht werden.

Du hast Interesse – melde dich gerne bei uns:

Patrick Neumann, Mobil 0151/20 02 63 47, E-Mail: Neumann.Patrick1@gmx.de

René Reith-Schäfer, Mobil 0170/979 79 79, E-Mail: rene-reith-schaefer@gmx.de

Thilo Scholz, Mobil 0151/64 60 55 43, E-Mail: thiloscholz@yahoo.de

---

Der AK Öffentlichkeitsarbeit im Europawahlkampf

Basierend auf den ersten Ergebnissen der Klausurtagung im Februar hat der AK Öffentlichkeitsarbeit verschiedene Wahlkampfaktivitäten geplant, die hauptsächlich auf zwei Grundgedanken basieren.

Zum einen ist es ihr Ziel, die bestehenden und von den anderen Arbeitsgruppen geplanten Aktivitäten und Materialien einem möglichst großen Adressatenkreis zu Verfügung zu stellen, indem sie diese auf Facebook und auf der SPD OV Homepage bewerben und veröffentlichen. Dazu gehören z.B.:

- Ankündigung von ausgewählten Themen-Infoständen und Diskussionsveranstaltungen

- Veröffentlichung von Flyern und Plakaten

- Aufruf zur Beteiligung am Projekt „Anwohner-Plakate“

Zum anderen wird sie u.a. folgende eigene Vorhaben auf Facebook und der Homepage umsetzen, die das Ziel haben, mehr Bewusstsein und Verständnis für Europa und die SPD zu erreichen und zu einer intensiveren Beschäftigung mit dem Thema EU zu animieren:

- Foto-Quiz zum Thema „EU-geförderte Projekte in Vahrenwald-List“

- Bilder und Texte zur Erklärung der EU und der Ziele der SPD für die EU

- Texte auf der Homepage zu den drei Themen „Europa und Vahrenwald-List“, „Warum Europa unsere Zukunft ist“ und „So sehen wir die EU in 10 Jahren“

Der AK Öffentlichkeitsarbeit freut sich über jede Beteiligung und Unterstützung bei ihrer Arbeit. Insbesondere zu den Themen-Texten auf der SPD OV Homepage hofft der AK auf weitere Unterstützung in Form von Ideen und Beiträgen. Wer Interesse hat, ist herzlich dazu eingeladen, an der nächsten AK-Sitzung am 16.04.2019 um 19 Uhr im Annastift (Voßstraße 47) teilzunehmen.

Fuluk Liu

Wie soll der Sozialstaat der Zukunft aussehen?

Die Welt verändert sich jeden Tag schneller, und damit auch unsere Gesellschaft und die Art und Weise, wie

wir arbeiten. Nicht nur werden sich 35 Prozent der heutigen Berufe bis 2030 grundlegend wandeln; für uns alle wird die Arbeitswelt deutlich variabler sein als heute. Für die Menschen wird es künftig viel selbstverständlicher zum Berufsleben dazugehören, den Arbeitsort, die Arbeitstätigkeit oder die Erwerbsformen zu wechseln.

Dieser tiefgreifende Wandel wirft Fragen auf, die wir beantworten müssen: Wie sieht der Sozialstaat der Zukunft aus? Wo kann der Staat unterstützen, damit dieser Wandel von allen gestaltet und mitgetragen werden kann? Wie können wir den Sozialstaat als Partner der Menschen aufstellen? Was muss passieren, damit Arbeit nicht nur gut, sondern auch gut bezahlt und gut gesichert organisiert werden kann?

Dazu haben wir mit unserem Sozialstaatskonzept nun Antworten definiert. Diese sind eine konsequente Weiterführung der sozialdemokratischen Überzeugung, dass ein gut aufgestellter Sozialstaat die Bürgerinnen und Bürger auf der einen Seite unterstützt und ihnen auf der anderen Seite Schutz bietet.

Diese Haltung und die Antworten, die sich daraus ergeben, möchte ich anhand von vier Beispielen illustrieren.

Erstes ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit, sie gar nicht erst entstehen zu lassen. Am besten gelingt dies durch Qualifizierung, sodass Beschäftigte mit dem digitalen Wandel Schritt halten können. Dieser Gedanke liegt auch dem Qualifizierungschancengesetz zugrunde, mit dem wir ein Recht auf Weiterbildungsberatung geschaffen haben, das seit Januar 2019 für alle Beschäftigten gilt. Diesen Gedanken führen wir nun fort, indem wir in unserem Sozialstaatskonzept ein Recht auf Weiterbildung für alle vorschlagen.

Zweitens wollen wir ein Recht auf Arbeit für alle einführen statt einer Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen - denn zu arbeiten bedeutet, an der Gesellschaft teil zu haben. Mit dem Recht auf Arbeit meinen wir ein Angebot auf Arbeit oder Beschäftigung, auch als zweite, dritte oder weitere Chance. Im letzten Jahr haben wir schon einen ersten wichtigen Schritt auf dem Weg dorthin unternommen, indem wir bundesweit den Sozialen Arbeitsmarkt eingeführt haben: Damit erhalten Menschen, die schon sehr lange ohne Arbeit sind, wieder eine Chance auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Der Soziale Arbeitsmarkt sollte aus unserer Sicht mehr langzeitarbeitslosen Menschen offenstehen. Dazu ist es notwendig, dass die Jobcenter finanziell und personell in die Lage versetzt werden, individuelle Unterstützung leisten zu können.

Drittens haben wir im vergangenen Jahr auch die Brückenteilzeit und das Recht auf die Rückkehr zur ursprünglichen Arbeitszeit eingeführt. Dabei war eines unserer Hauptziele, vor allem die Situation von Frauen zu verbessern: Denn meistens sind sie es, die ihre Arbeitszeit aufgrund von Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen reduzieren. Oft geraten sie so in eine Teilzeitfalle, aus der sie nicht wieder in die alte Arbeitszeit zurückkommen. Die Folgen: Weniger Einkommen, Abhängigkeit vom Partner, eine schmale Rente im Alter. Und das, obwohl sie durch die Erziehung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen wertvolle gesellschaftliche Arbeit geleistet haben.

Für uns ist ganz klar, dass wir diese Menschen besser absichern müssen. Es ist deshalb notwendig, sie völlig unabhängig von der Frage nach der Partnerschaft zu betrachten und ihre Leistung deutlich besser anzuerkennen.

Kerstin Tack

Genau aus diesen Gründen wollen wir eine Grundrente einführen - und zwar ganz ohne Bedürftigkeitsprüfung. Unser Konzept sieht vor, dass alle Menschen, die lange Jahre für einen schmalen Lohn gearbeitet, die Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, einen Zuschlag zu ihrer Rente erhalten, sodass ihre Einkünfte deutlich über dem Grundsicherungsniveau liegen. Dabei geht es nicht nur um Respekt und Anerkennung von Lebensleistung, sondern auch um die wirksame Bekämpfung von Altersarmut: Fakt ist, dass es in Deutschland ein großes Problem mit versteckter Altersarmut gibt. Bis zu 70 Prozent der Menschen, die einen Anspruch auf Sozialleistungen hätten, realisieren diese nicht - oft aus Scham, zum Sozialamt zu gehen. Diese Personengruppe können wir nur dann erreichen, wenn wir die Grundrente an alle langjährig Versicherten auszahlen, nicht nur an die Bedürftigen. Alles in allem käme die Grundrente so bis zu vier Millionen Menschen zugute.

Viertens ist für uns ganz klar, dass auch Kinder in einem reichen Land wie Deutschland nicht in Armut aufwachsen dürfen. Jedes fünfte Kind in Deutschland ist von Armut betroffen — und damit auch von sozialer Ausgrenzung: Kinder aus armen Haushalten haben geringere Chancen auf gute Bildung und gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb haben wir in diesem Jahr das Starke-Familien-Gesetz auf den Weg gebracht: Durch die Erhöhung und Verbesserung des Kinderzuschlags sorgen wir dafür, dass Familien mit kleinen Einkommen, vor allem die von Alleinerziehenden, gezielt unterstützt werden. Durch die Verbesserungen im Bildungs- und Teilhabepaket tragen wir außerdem dazu bei, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben - und zwar unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Auf dem Weg zu mehr Teilhabe für alle Kinder wollen und müssen wir noch einen Schritt zulegen. Was wir brauchen, ist zum einen eine eigenständigen Grundsicherung für Kinder, die sich an alle Kinder in Deutschland richtet. Zum anderen müssen wir alles daran setzen, Kinder aus dem SGB II-Bezug zu holen. Familien beziehen oftmals nur deshalb Grundsicherung, weil ihr Einkommen nicht für den Bedarf der Kinder ausreicht. Deshalb ist das beste Mittel gegen Kinderarmut, für gute Löhne und mehr Beschäftigung zu sorgen. Wir brauchen deshalb mehr Tarifbindung, ein Recht auf Homeoffice und einen höheren Mindestlohn.

Wir wollen einen Sozialstaat, der als Partner für alle Menschen da ist, wenn sie ihn brauchen, und der ihnen Schutz bietet, wenn es nötig ist. Das ist die Haltung, die wir dem Wandel der Welt um uns herum begegnen müssen: Nämlich eine sozialdemokratische Haltung.

Kerstin Tack

Kerstin beim Verteilen des Neujahrsgrußes am 5.1.19 auf der Lister Meile.

Daniel Tonn, Fuluk Liu und Christopher Henning beim Verteilen des Neujahresgrußes am 5.1.19 am Vahrenwalder Platz

---

Aus der Bezirksratsfraktion

Das Jahr fing gleich turbulent an. Die AfD wird langsam aktiv und hat dem Bezirksrat einen Antrag für die Anbringung einer Gedenktafel am Haus Lister Kirchweg 37 beschert. Dort wohnte für 2 Jahre der als Hitler-Attentäter bekannt gewordene Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Der Geschichtskreis in der List wollte diese Gedenktafel schon seit langer Zeit. Die SPD-Fraktion hat den Antrag von der Tagesordnung nehmen lassen und ihn derart überarbeitet, dass die Verwaltung mit der Erstellung einer solchen Tafel be-

Thomas Bechinie

auftragt wird, die jedoch auch sein Wirken als Wehrmachtsoffizier beschreibt und nicht nur die letzten Lebensjahre würdigt. Dieser überarbeitete Antrag wurde dann auch "interfraktionell" zusammen von SPD, CDU, FDP und den Piraten eingebracht und verabschiedet.

Als weitere Initiative haben wir einen Baumscheibenwettbewerb initiiert. Viele Einwohner*innen unseres Stadtbezirkes pflegen und bepflanzen das Erdreich um die Straßenbäume herum. Dies soll in Form eines Wettbewerbes gewürdigt werden, bei dem es ein Preisgeld in Höhe von 500,-€ für den ersten, 300,-€ für den zweiten und 200,-€ für den dritten Platz gibt.

Die Stadt Hannover hat inzwischen ihren "Lärmaktionsplan" aufgestellt. Für die lärmgeplagten Bereiche in Vahrenwald-List hat die Verwaltung bisher nur schallhemmende Fenster vorgesehen, zu denen die Anwohner bestimmter Straßenzüge Zuschüsse von der Stadt bekommen sollen. Die Bezirksratsfraktion hat weitere Maßnahmen vorgeschlagen, nämlich, dass die Stadt nach Abschluss eines Tempo-30-Versuches auf Hauptverkehrsstraßen die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf die Dragoner- und Philipsbornstraße in Vahrenwald überprüft. Ferner sollen folgende Straßenabschnitte im Rahmen eines Feldversuches nachts in der Zeit von 22:00 - 6:00 Uhr mit einem Tempolimit von 30 km/h, jedoch mind. 40 km/h versehen werden:

a. Podbielskistraße vom Lister Platz bis zur Klingerstraße

b. Vahrenwalder Straße von der Werder Straße bis zum Großen Kolonnenweg

c. Ferdinand-Wallbrecht-Straße vom Lister Platz bis zum Niedersachsenring

d. Lister Kirchweg von der Isernhagener Straße bis zur Podbielskistraße

Als Ersatz für das beendete Projekt HANNOVERmobil fordern wir, dass ein neues Projekt aufgelegt wird, das z.B. Angebote von Stadtmobil, Hallo Taxi 3811 GmbH und Mobike oder PedsBlitz Hannover in einem Mobilitätspaket bündelt. Außerdem soll das Programm "Hannah" Lastenfahrräder - durch finanzielle oder personelle Unterstützung des ADFC ausgeweitet werden. In der Vahrenwalder Straße wird stadtauswärts im Abschnitt zwischen Werderstr. und Großem Kolonnenweg ein stationäres Geschwindigkeitsmessgerät aufgestellt werden. Ob die Stadt diese Vorschläge aufnimmt bleibt jedoch abzuwarten.

Thomas Bechinie

---

100 Jahre Frauenwahlrecht

Macht die einst forsche Frauenbewegung eine kreative Pause, oder leidet sie an Erschöpfung und Resignation? Hat sie noch Visionen und Ziele, die über Kitaplätze, Vereinbarkeitsdebatten und individuelle Selbstoptimierung hinausgehen, oder begnügt sie sich mit dem Erreichten? Gibt es sie überhaupt noch? Wann und womit meldet sie sich unüberhörbar zu Wort? Richtet sich jenseits der #Me Too -Kampagne der Blick auch auf die oft unfassbare Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt an Frauen in vielen anderen Ländern? Ist die westliche Frauenbewegung noch eine gesellschaftliche Kraft, die Politik und somit zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen beeinflussen kann und will, oder hat sie sich in den Elfenbeinturm des wissenschaftlichen Feminismus zurückgezogen?

100 Jahre Frauenwahlrecht sind ein passender Anlass für einige grundsätzliche Fragen, und sie sind ein historisches Exempel, was Frauenbewegung als politisch-gesellschaftliche Kraft im besten Falle sein kann und

auch war. Erstmalig in Deutschland konnten Frauen 1919 an den Wahlen zum ersten Parlament der jungen Weimarer Republik teilnehmen. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen dafür wurden 1918 in Weimar geschaffen.

Dem war ein jahrzehntelanger Kampf im Kaiserreich und in anderen europäischen Ländern, allen voran in Großbritannien, vorausgegangen. Frauen aller gesellschaftlichen Schichten waren im wörtlichen Sinne auf die Barrikaden gegangen. Sie waren bei ihren Demonstrationen hohe Risiken für sich und ihre Familien eingegangen. Verhaftungen und Gefängnis waren keine Seltenheit. Das Frauenwahlrecht ist unter Einsatz von Leib und Leben erkämpft worden. Das sollten wir all jenen ins Stammbuch schreiben, die sich heutzutage nicht vom Sofa aufraffen können, um wählen zu gehen. Das Wahlrecht auszuüben ist die erste Bürgerpflicht in einer Demokratie – für Frauen und Männer. Aber besonders für Frauen. Die zweite ist, bevorzugt Frauen zu wählen, solange sie deutlich unterrepräsentiert sind und die dritte, ein wachsames Auge darauf zu haben, was mit der „abgegebenen“ Stimme geschieht. Haben wir sie im wörtlichen Sinne abgegeben, um danach stumm zu sein?

Allgemeine, gleiche und geheime Wahlen sind der Nerv einer repräsentativen Demokratie. Aber diese ist kein Zustand, sondern ein Prozess, der kontinuierlich gestaltet und kontrolliert werden muss. Politiker wissen inzwischen, dass sie ohne die Stimmen von Frauen nicht gewinnen können. Und was machen die Frauen aus dieser Erkenntnis? Der Kampf um das Wahlrecht fand damals notgedrungen außerparlamentarisch statt. Auch heute ist klar, dass Politik nicht nur in den Parlamenten gemacht wird. Der außerparlamentarische Raum ist die Arena für Bürgerinitiativen, Demos und all die anderen Formen politischen Basisengagements.

Elisabeth Selbert, eine der vier Mütter des Grundgesetzes, hat es 1948 vorgemacht: Sie hat massenweise Frauen v. a. in den Verbänden mobilisiert, damit die Gleichberechtigung von Frauen und Männern gegen den hartnäckigen Widerstand der Delegierten des Parlamentarischen Rates als Grundrecht in die neue Verfassung der Bundesrepublik aufgenommen wird. In den Kellern des Versammlungsgebäudes sollen sich die Protestbriefe waschkörbeweise gestapelt haben. Die Männer waren nicht nur beeindruckt, sie waren erschrocken.

Ein anderes Beispiel für die Macht des weiblichen Wahlvolkes und der weiblichen Bundestagsabgeordneten ist die Reform des § 218. Es hat keine Rechtsreform mit einer so langen, qualvollen Geschichte in unserem Lande gegeben. Zeitweise war der Rechtsfrieden gefährdet. Die unglaubliche Ausdauer und Kampfbereitschaft breiter außerparlamentarischer Frauenbündnisse und die - viel zu selten praktizierten – partei- und fraktionsübergreifenden Initiativen der weiblichen Bundestagsabgeordneten haben nach mehreren immer wieder gescheiterten Anläufen und nach zwei Interventionen des Bundesverfassungsgerichts schließlich zu der heute geltenden Regelung geführt. Diese kann - wie Einsichtige wissen – den tiefen Konflikt eines Schwangerschaftsabbruchs nicht aufheben. Aber der reformierte § 218 StGB hat eine erträgliche Rechtslage und den Rechtsfrieden gebracht.

Neben dem außerparlamentarischen Raum gibt es den vorparlamentarischen, die Lobby der professionellen Interessenvertretungen von Konzernen und Verbänden. Sie ist nicht nur einflussreich, sondern überwiegend männlich. Dieses Modell politischen Engagements ist für Frauen offenbar weniger attraktiv und kann auch nicht wirklich empfohlen werden.

Was aber nachdrücklich empfohlen wird, ist dieses: Mitgliedschaft in politischen Parteien, denn sie sorgen für politisches Bewusstsein und stellen die Kandidatenlisten auf, Mut zu kandidieren, Lehrjahre in der **Kommunalpolitik**, Netzwerke und kontinuierliche Rückkoppelung mit Frauen einer möglichst vielfältigen, breiten Basis, sowie partei- und fraktionsübergreifende parlamentarische Frauenbündnisse in Fragen von existentieller Bedeutung.

Es gibt viel zu tun. Packen wir's an!

Sigrid Häfner

Sigrid hat diesen Artikel zuerst in der Zeitung des Hannoverschen Frauenbündnis veröffentlicht.

Einladungen und Termine

09.05., 11.07., 08.08., 19:30 Uhr: **Offener OV-Vorstand***

13.06., 19:30 Uhr: **Mitgliederversammlung Auswertung Europawahl mit Dr. Stephan Klecha***; Details s. am Ende der Terminübersicht

15.06.: **OV-Wanderung** – Infos/Anmeldungen: Angelika Hoops: angelika.hoops@gmx.de

03.08., 17:00 Uhr: **Sommerfest der SPD Vahrenwald-List** (weitere Infos folgen)

* Freizeitheim Vahrenwald, Vahrenwalder Str. 92

02.11. 15:00 Uhr: **Jubilarehrung** der SPD Vahrenwald-List im Novotel Hannover. (Podbielskistr. 21) Infos/Anmeldungen: Cornelia Walter (corwalter@gmx.de)

Termine im Europawahlkampf:

- 04.05., 9:30 Uhr: Frühstück mit Bernd Lange, AWO-Familienzentrum in der Gottfried-Keller-Str. 13 (gemeinsam mit anderen Ortsvereinen – Anmeldungen bis zum 30.04. an Thilo Scholz, E-Mail thiloscholz@yahoo.de)
- Infostände Wochenmarkt Jahnplatz: 08.05., 15.05. und 22.05. von 9:00-10:30 Uhr

- Infostände Wochenmarkt Moltkeplatz: 08.05., 15.05. und 22.05. von 10:30-12:30 Uhr

- (Themen-) Infostände Lister Meile/Ecke Körtingstr. finden freitags am 10.05., 17.05. und 24.05. von 16:00-18:00 Uhr sowie samstags am 11.05., 18.05. und 25.05. von 11:00-13:00 Uhr statt

An der Vahrenwalder Straße wollen wir unsere Standorte für die (Themen-) Infostände variieren. Die vorläufige Planung lautet:

- Melanchthonstr. am 10.05., 16:00-18:00 Uhr,

- Vahrenwalder Platz/Ecke Bäckerei Kasper: 11.05. von 11:00-13:00 Uhr sowie am 24.05. von 16:00-18:00 Uhr

- Vahrenwalder Str./Ecke Niedersachsenring (vor Marktkauf: 17.05. von 16:00-18:00 Uhr und am 18.05. von 11:00-13:00 Uhr

- Frühverteilungen entlang der Stadtbahnstationen Vahrenwalder Platz, Dragonerstr., Niedersachsenring und Büttnerstr.: 20.-24.05., Treffen ist immer um 6:45 Uhr in der Bäckerei Kasper zum Eintüten der Brötchen in SPD-Brötchentüten

- Vahrenwalder Park: 25.05. von ca. 14:00-16:00 Uhr

Wer Zeit und Lust zum Helfen hat, meldet sich bitte bei Joana Kleindienst (Mobil 0175/566 58 18, E-Mail joana.kleindienst@gmail.com) Christoph Hennig (Mobil 0176/811 68 607, E-Mail hennigchristoph@outlook.de)

und Thilo Scholz (Mobil 0151/64 60 55 43, E-Mail thiloscholz@yahoo.de).

Weitere Termine auf der Homepage: https://spd-vahrenwald-list.de/_termine/

Einladung: Auswertung der Europawahl

Mitgliederversammlung am Do., 13.06. um 19:30 Uhr

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir wollen die Europawahl auf einer Mitgliederversammlung auswerten. Als Gast konnten wir den Politologen Dr. Stephan Klecha (Schatzmeister des SPD-Bezirks Hannover) gewinnen. Außerdem wollen wir Delegierte für den Stadtverbandsparteitag wählen.

Datum: Do., 13. Juni 2019 um 19:30 Uhr

Ort: Freizeitheim Vahrenwald, Raum 15, Vahrenwalder Str. 92, 30165 Hannover

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung, Wahl Versammlungsleitung etc.
3. Auswertung der Europawahl

Einführung: Dr. Stephan Klecha

anschließend: Aussprache

4. Wahl von 17 Delegierten und Ersatzdelegierten für den SPD-Stadtverbandsparteitag am 31.08.2019 (ganztägig)
5. Ggf. Beratung von Anträgen
6. Verschiedenes
7. Schlusswort

Herzliche Grüße THILO SCHOLZ (für den OV-Vorstand)

PS: Eine weitere schriftliche Einladung erfolgt nicht.

Kontaktdaten OVV Vahrenwald-List
Stand: 01.04.2019

Kontaktdaten entfernt.

Der Ortsverein im Internet: www.spd-list-vahrenwald.de
und unter Facebook (Suchbegriff SPD Vahrenwald-List)

Impressum
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thilo Scholz, Vorsitzender SPD-Ortsverein Vahrenwald-List, Odeonstraße 15 /16, 30159 Hannover

E-Mail: info@spd-list-vahrenwald.de

Redaktion: Matthias Kappey (kappey@web.de), Thilo Scholz und Cornelia Walter (corwalter@gmx.de)

Layout und Satz: Matthias Kappey

Druck: SPD-Druckerei, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

Auflage: 490 Exemplare

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 01.04.2019

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich im Sommer 2019.